

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

N. XXV/43

Bonn, den 5. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>"Europäische Innenpolitik"</u> Bundeskanzler Brandt festigte deutsch-englische Freundschaft Von Hans Joachim Werbke, London	70
2 - 3	<u>Denker und Forscher</u> Oswald von Nell-Breuning S.J. zum 80. Geburtstag Von Willi Eichler	83
4	<u>Nach rückwärts gerichtet</u> Die Rolle der DKP	43
5 - 6	<u>Kontrahenten mit Parteauftrag</u> Willi Stoph und Otto Winzer sind keine bequemen Gegenspieler	91

"Europäische Innenpolitik"  
-----

Bundeskanzler Brandt festigte deutsch-englische Freundschaft

Von Hans Joachim Weibke, London

Es geht auch ohne Bruderkuß, große Versöhnungsparaden und andere spektakuläre Auftritte. Der erste offizielle Besuch Willy Brandts als Bundeskanzler in London wurde zu intensiven Arbeitsgesprächen benutzt. Das Protokoll geht der britischen Neigung zum Understatement nach. Ein Besuch der Fragestunde des Unterhauses, eine Ansprache an die Parlamentarier beider Kammern in der Königsgalerie des Oberhauses, die Ehrendoktorwürde der Universität von Oxford - das waren die Ehreungen, die Brandt zuteil wurden und seinen Besuch aus der Routine ähnlicher Minister-Zusammenkünfte heraushoben. Der Bundeskanzler wußte das zu würdigen.

Ihm schlug aus den Massenmedien - Presse, Funk und Fernsehen - und bei den Empfängen aus Kreisen von Politik, Finanz, Wirtschaft und Kunst soviel unverhohlene Sympathie entgegen, wie noch keinem deutschen Staatsmann zuvor. Charakteristisch ist die Leitartikelschlagzeile des Sprachrohrs der Londoner City, der FINANCIAL TIMES, "Unser guter Freund Willy Brandt".

Das kam nicht unerwartet und nicht unvorbereitet. Seit der Anwendung des Vetos gegen den ersten britischen Beitrittsversuch zur EWG durch General de Gaulle, setzte die Politik Londons auf Bonn, Adenauer, weniger Erhard, dann aber wieder Kiesinger ergriffen die ihnen dargebotene Hand jedoch nicht, wie man es in London erwartete. Erst während der Regierung der Großen Koalition wurde solche Eingleichheit langsam abgebaut. Der vom Außen- ins Kanzleramt aufsteigende Willy Brandt sah sich dann nach der Entfernung des Alpdrucks, der über der europäischen Einigung lag, auf der Haager Gipfelkonferenz in der Lage, Präsident Pompidou für die im Interesse der EWG liegende Erweiterung des Gemeinsamen Marktes zu gewinnen.

So vertrat der Bundeskanzler in London die Meinung, die Konferenz von Den Haag war das bisher bedeutendste außenpolitische Ereignis

seiner Regierungszeit. Es eröffnet die Aussicht auf eine europäische Gemeinschaft, der das Vereinigte Königreich angehört. In sie kann es seinen Fundus an Erfahrungen, Traditionen und Institutionen zum Wohle der Gemeinschaft einbringen "Europa braucht Britannien". Die zaudernde öffentliche Meinung hierzulande sei nach den Zurückweisungen der letzten Jahre verständlich, sagte er entschuldigend und stellte in einer Toastrede nachdrücklich die Ernsthaftigkeit von Regierung und führenden politischen Kräften in Bezug auf die Beitrittsverhandlungen außerhalb jedes Zweifels.

Außer der Europapolitik spielte die Ostpolitik in den Gesprächen eine große Rolle. Brandt mußte sie der britischen Seite detailliert auseinandersetzen. Da die britischen Verbündeten mit aner-kennender Ermunterung die deutschen Sondierungen unterstützten, weil sie wissen, daß die Rechtspositionen der vier Mächte respektiv im Westen gezeitigte, in Bezug auf Berlin und ganz Deutschland voll respektiert bleiben, umgekehrt aber, die Bundesrepublik mit ihrer nach dem Osten gerichteten Entkrampfungspolitik der weltweiten Interessen nach Entspannung folgt und sich nicht mehr querlegt, endete auch diese Bestandsaufnahme voller Übereinstimmung.

Im Zusammenhang mit den Sicherheitsfragen wurden auch die möglichen teilweisen Truppenreduktionen der Amerikaner nach dem Sommer 1971 angesprochen. Bis in die daraus und durch den sowjetisch-amerikanischen SALT-Dialog entstehender strategischen Probleme wurden gemeinsam Perspektiven gezeichnet, die bei einem London-Besuch von Verteidigungsminister Helmut Schmidt später im März vertieft werden sollen. Der Bundeskanzler hat nach diesem Gespräch aber schon wichtige Fingerzeige für die Washington-Fahrt Anfang April bekommen.

Detailliert kamen in den mehr als 10-stündigen Unterredungen noch zahlreiche andere Fragen zur Sprache. Der persönliche Meinungsaustausch ergänzt dabei die sorgfältigste diplomatische und journalistische Berichterstattung. Einzelne Überlegungen mögen nicht im Augenblick, sondern erst bei künftigen Entscheidungen wirksam werden. Der Sinn dieser Konsultationen besteht in dem grundsätzlichen Kennen- und Verstehenlernen der Interessenlage des Partners. Auf diese Weise kommt wirklich mit einer Begegnung wie der in London so etwas zustande, wie eine "europäische Innenpolitik", wie das Bundeskanzler Brandt nannte. Er maß ihr unmittelbarere Bedeutung zu, als der Suche nach supranationalen Formen, die getrost späteren Generationen überlassen bleiben dürfe.

+ + +

Denker und Forscher

Oswald von Nell-Breuning S.J. zum 80. Geburtstag

Von Willi Eichler

Professor Oswald von Nell-Breuning kann am 8. März dieses Jahres auf das gesegnete Alter von 80 Jahren zurückblicken. Dem weltweit bekannten Jubilar werden zu seinem Festtag Glückwünsche und andere Ehrungen aus den unterschiedlichsten Lagern erreichen. Das ist sehr einfach zu verstehen - das Arbeits- und Wirkungsgebiet des eigenwilligen und präzisen Denkers und Forschers umfaßt die wesentlichen Fragen menschlicher und gesellschaftlicher Existenz: Sinn und Normen menschlichen Zusammenlebens in Staat und Gesellschaft anhand einer durchsichtigen, einsehbaren und humanen, kurz: menschenwürdigen Soziallehre. Sein Lebensweg folgt dieser Grundhaltung - er tritt in die Gesellschaft Jesu, in den "politischen" Orden ein, wird Priester, studiert Theologie und Volkswirtschaft, ist Student an der Gregorianischen Universität in Rom, promoviert 1928 in Münster zum Dr. theol., und ist vielbeschäftigter akademischer Lehrer an der Frankfurter Universität, an der philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen und der Akademie der Arbeit.

Ein vielseitiger Gelehrter der Sozialwissenschaften also? In der Tat: Neben seiner akademischen Tätigkeit zeugen zahllose Abhandlungen und Vorträge für seine offene und produktive Geisteshaltung. Was aber diese Aktivität auf eine singuläre Weise auszeichnet, das ist seine Art, die "soziale Frage" zu analysieren und ihre Lösungen zu durchdenken, so die "Mitbestimmung", die Vermögensbildung, die "Subsidiarität" in der solidarischen Gesellschaft. Hier finden wir einen erstaunlich unbefangenen, nur der wissenschaftlichen Wahrheitsuche ergebenen Geist, der trotz seiner, selbstverständlichen, Bindung an den Glauben seiner Kirche und seines Ordens immer für Einsichten offen bleibt, die in anderen menschlichen Grundhaltungen wurzeln. Hier haben die Sozialdemokraten ihm besonders, auch für wohlwollende Zurechtweisungen, zu danken.

Das begann bereits mit seiner Würdigung des Werkes von Marx - obwohl er dessen "Diagnose und Therapie" natürlich ablehnte. Im "Wörterbuch der Politik" schreibt er darüber 1954: "Seine Analyse der Wirtschaftsgesellschaft... ist die große und bleibende Leistung von Marx; ... für Jahrzehnte über seinen Tod hinaus hat seine Analyse sich als in der Hauptsache zutreffend erwiesen (nicht allerdings seine Diagnose und noch weniger seine Therapie). Auch die kirchenamtliche Soziallehre hat schließlich die Marx'sche Analyse im wesentlichen übernommen." Die christliche Soziallehre hatte sich "lange Zeit in der Bekämpfung der weltanschaulichen Grundlage des Marxismus erschöpft und darüber verabsäumt, die wertvollen Erkenntnisse, die Marx zutage gefördert hat, sich anzueignen. Allzu lange hat die christliche Soziallehre sich dagegen gewehrt, sich von Marx den Star stechen zu lassen. Zuletzt kam es doch so weit

und in (der Enzyklika) Quadragesimo anno (1931) hat Pius XI mit aller Entschlossenheit die Folgerungen gezogen".

An der Vorarbeit dieser Enzyklika hat Nell-Breuning als "kleiner Redaktions-Assistent" teilgenommen, und es spricht für sein höchst empfindsames Gewissen, daß er noch heute ernsthafte Skrupel darüber hat, ob er bei dem Verdikt dieser Enzyklika Pius XI. gegen den Sozialismus nicht mehr zur Klärung dieser Frage hätte beitragen sollen. Sein jüngster Beitrag zur Festschrift für Goetz Briefs zeigt dies in vornehmster Weise. Wir gehen sicher nicht fehl in unserer Deutung, wenn wir annehmen, daß diese seine aufrüttelnde Erfahrung von 1931, als ja auch der "revisionistische" Sozialismus verworfen wurde, und zum Teil wegen seiner vermeintlichen Auffassung der Gesellschaft als "bloßer Nutzveranstaltung" - daß also diese Erfahrung ihn geradezu prädestinierte, teilzunehmen an einem bisher kaum hinreichend gewürdigten Versuch, der zusammen mit sozialdemokratischen Politikern unternommen wurde. Allen Teilnehmern kam es darauf an, bei der Lösung gesellschaftlicher Fragen ein Problem auszuschalten: die Verständigung der Weltanschauungen unter sich als Voraussetzung einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Das nach jahrelangen Bemühungen erreichte Resultat kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Unser Jubilar hat es ausführlich in seinem Beitrag zur Festschrift für Adolf Arndt auseinandergesetzt. Es gipfelt bei den Sozialdemokraten im Godesberger Grundsatz-Programm von 1959 und bei den Katholiken in der dritten Sozialenzyklika, der von Johannes XXIII. 1962 ausgegebenen "Mater et magistra" und im "Pacem in terris". Alle Menschen guten Willens können trotz verschiedener Weltanschauungen übereinstimmen in der Anerkennung gleicher verbindlicher ethischer Normen für eine menschenwürdige Gesellschaft.

Der Verfasser hat an diesen schwierigen Beratungen von Beginn an mitgearbeitet - sie sind gelungen, und sie konnten nur gelingen, weil alle Beteiligten beim Verzicht auf jeden Opportunismus ein Höchstmaß an Verständigungsbereitschaft und Verantwortungsgefühl für das Ganze aufbrachten.

Des immer hilfreichen klarsichtigen Anregers und des bei allen Meinungsverschiedenheiten immer noblen Mitstreiters Nell-Breuning werden sich alle Beteiligten, insbesondere der Verfasser immer dankbar als einer ihrer nachhaltigsten Lebenserfahrungen erinnern. Mögen ihm Schaffenskraft und realistische Phantasie noch lange erhalten bleiben.

- + +

Nach rückwärts gerichtet

---

Die Rolle der DKP

sp - Die seit einem Jahr wirkende Deutsche Kommunistische Partei hat den Ehrgeiz, bei den in diesem Jahr anstehenden Landtagswahlen in möglichst vielen Landesparlamenten vertreten zu sein. Sie will es diesmal, zum Unterschied von den letzten Bundestagswahlen, bei denen sie sich mit Sektierern verbündete, im Alleingang versuchen. Auf die von den Kommunisten beherrschte Aktionsgemeinschaft Demokratischer Fortschritt (ADF) entfielen bei der Bundestagswahl vom 28. September 1969 nur 0,6 % Stimmen. Das war für sie eine demoralisierende Enttäuschung, von der die Kommunisten sich bis heute noch nicht, trotz aller Scheinaktivitäten, erholt haben. Immerhin hatten sie mit der Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde gerechnet. Die politische Reife der Wähler machte einen Strich durch diese Rechnung. Wäre sie aufgegangen, dann hätten wir keinen Bonner Regierungswechsel, keine sozial-liberale Koalition, keine aktivierte Ost- und Deutschlandpolitik, keine Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, keine Gespräche mit Moskau, Warschau und Ostberlin und keine Belebung der Westpolitik - von dem Beginn innerer Reformen ganz abgesehen. Es wäre, bei dem frustrierten Zustand vom Sommer letzten Jahres, ausgelöst durch die Entschlußlosigkeit der C-Parteien, geblieben.

Die DKP spielt heute die Rolle eines Erfüllungsgehilfen der kommunistischen SED. Hier liegen die Wurzeln ihrer Schwächen. Sie kann sich zu keiner eigenständigen Kraft entwickeln, sie ist abhängig von Faktoren, auf die Einfluß zu nehmen ihr verwehrt bleibt. Ihre Aktivitäten spielen sich gewissermaßen im luftleeren Raum ab, sie finden keine Resonanz in der politischen Wirklichkeit.

Darüber täuscht auch nicht die Aufstellung eigener Listen für die bevorstehenden Landtagswahlen. Kein DKP-Kandidat hat Aussicht, irgendwo zum Zuge zu kommen, auch nicht in früheren Hochburgen der alten KPD. Ihre politische Lebensberechtigung leitet die DKP in Fortsetzung der SPD-Tradition vom Kampf gegen die Sozialdemokratie ab, wobei sie, und das entspricht altkommunistischen Gewohnheiten, einen Unterschied zwischen einer angeblich rechten SPD-Führung und linken Sozialdemokraten konstruiert, verbunden mit Bündnisangeboten an die, wie es so schön in ihrem Vokabular heißt, "einfachen und ehrlichen" Mitglieder der SPD.

Dieser allzu durchsichtige Trick hat schon früher nicht durchgeschlagen und auch diesmal bleibt ihm wohl jedwede Wirkung versagt. Für Sozialdemokraten gibt es keine Aktionsgemeinschaft mit der DKP, deren Politik nicht dem Fortschritt dient, wohl aber der Stärkung konservativ-reaktionärer Kräfte. Zwischen diesen Kräften und den Kommunisten gibt es eine Gemeinsamkeit, fussend auf der gemeinsamen Gegnerschaft zur deutschen Sozialdemokratie. Der Weg der DKP ist rückwärts gerichtet.

+ + +

### Kontrahenten mit Parteiauftrag

Willi Stoph und Otto Winzer sind keine bequemen Gegenspieler

K.W.F. - Innerhalb weniger Wochen - so zweifelt niemand mehr in Bonn - wird Bundeskanzler Willy Brandt mit dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates in Ost-Berlin zusammentreffen. Egon Franke, der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, wird den Kanzler begleiten. Stoph hingegen will Otto Winzer, den Minister für auswärtige Angelegenheiten, hinzuziehen. In seinem jüngsten Schreiben an den Bundeskanzler hat Stoph dies ausdrücklich mitgeteilt. Der Unterschied ist mehr als nur eine prozesskollische Formsache. In ihm spiegeln sich zwei einander ausschließende Rechtsstandpunkte wider, für die von der "technischen Verhandlungskommission" eine vermittelnde Formel gefunden werden müßte.

Die Erfolgsaussicht der möglichen Begegnung bedingen zu viele Momente, als daß eine Voraussage mehr wäre als pure Spekulation. Ein nicht unwichtiger Gesichtspunkt ist jedenfalls die politische Atmosphäre des Zusammentreffens. Sie wird in erheblichem Maße von jenen beiden Männern abhängen, auf die der Kanzler und sein Minister im Schatten der Berliner Mauer treffen - eben von Stoph und Winzer. Als Kontrahenten mit Parteiauftrag sind sie alles andere als bequem.

Stoph ist von beiden der einflußreichere, gewiß, aber erfahrener und raffinierter in der Verhandlungstaktik dürfte sich Winzer erweisen. Stoph ist als Ministerratsvorsitzender und zugleich als stellvertretender Staatsratsvorsitzender allein von seiner Regierungsfunktion her schon gewichtiger als Winzer. Indes ist er auch in der Hierarchie der Partei beträchtlich höher einzustufen. Während Winzer nur dem Zentralkomitee der SED angehört, ist Stoph als Mitglied des Politbüros dem eigentlichen Führungskern und Entscheidungszentrum des Regimes, der um Walter Ulbricht gescharten "strategischen Gruppe", zuzurechnen. Gleichwohl werden Willy Brandt und Egon Franke am runden Tisch in Ost-Berlin - wann überhaupt - zu dem nüchtern und pragmatisch denkenden Stoph eher Kollegen finden als zu Winzer, der über einen scharfsinnigen, aber eiskalten Verstand verfügt, der im Ruf eines Dogmatikers steht und der noch immer mit dem Odium des Stalinismus behaftet ist.

### Lebensläufe

Als Stoph, geboren 1914 in Berlin, als vierzehnjähriger Maurerlehrling dem Kommunistischen Jugendverband beitrug, hatte sich Winzer, 1902 ebenfalls in Berlin geboren, um die Partei bereits verdient gemacht. Ursprünglich Schriftsetzer von Beruf, war er schon in den zwanziger Jahren Redakteur und Leiter des Verlages der kommunistischen Jugend-Internationale geworden. Winzers Eintritt in die KPD datiert vom Jahre 1919. Stoph wurde erst 1931 Parteimitglied.

Der zwischen beiden Männern bestehende Altersunterschied von einem Dutzend Jahren erklärt auch ihre verschiedenen Schicksale während der Nazidiktatur. Stoph blieb in Deutschland, rückte 1935 zum Wehrdienst ein, um nach zwei Jahren als Oberkanonier aus dem Brandenburgischen Artillerie-Regiment 59 ehrenvoll entlassen zu werden - und 1940 folgte er seiner Einberufung in eine Potsdamer Nachrichten-Ersatzabteilung. 1942 wurde Stoph verwundet. Was sonst im "Dritten Reich" geschah, umschreiben seine amtlich edierten Lebensläufe mit dem lakonischen Bemerkung, daß er sich aktiv an der "illegalen antifaschistischen Tätigkeit" beteiligt habe, "auch während seiner Militärzeit".

Anders bei Otto Winzer. In den ersten beiden Jahren nach der Machtübergreifung Adolf Hitlers war er in der illegalen Gewerkschaftsbewegung in Berlin tätig gewesen. 1935 mußte er emigrieren. In den folgenden Jah-

en lebte er in Frankreich und den Niederlanden. 1939 ging er in die Sowjetunion. Von hier kehrte er 1945 als Mitglied der fast schon legendären "Initiativgruppe Ulbricht" nach Deutschland zurück - ein "Aktivist der ersten Stunde", der in den ersten Nachkriegsjahren verschiedene Ämter im Berliner Magistrat und in der Agitationsmaschinerie der SED innehatte. Neben fünfzehn anderen Namen stand übrigens 1945 auch der seinige unter dem Gründungsauftrag der KPD.

#### Ihre Stationen zur Macht

Stoph's Weg zur Macht begann zu dieser Zeit überhaupt erst. Leiter der Abteilung Baustoffindustrie/Bauwirtschaft, hernach der Hauptabteilung Grundstoffindustrie in der Zentralverwaltung Industrie, Chef der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der SED, Sekretär für Wirtschaft und Mitglied des Zentralkomitees - das sind die Stationen bis 1950/52.

Nach Gründung der DDR avancierte Winzer demgegenüber nur zum Chef der Privatkanzlei des Präsidenten Wilhelm Pieck, bis er nach sieben Jahren in das Außenministerium wechselte: Im Range eines Botschafters übernahm Winzer das Amt eines stellvertretenden Ministers. Stoph hatte ihn mittlerweile überrundet: 1952 war er zum Minister des Inneren berufen worden - in ein Amt, in dem er den Aufbau der "Kasernierten Volkspolizei" zu verantworten hatte. Als 1956 aus den bis dahin also getarnten Streitkräften die "Nationale Volksarmee" hervorging, wurde Stoph folgerichtig Verteidigungsminister im Range eines Generaloberst, später eines Armeegenerals.

1960 betraute ihn die SED mit der Koordinierung und Kontrolle des gesamten Regierungsapparates. 1962 zum Ersten Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden bestellt, gingen die Regierungsgeschäfte allmählich in dem Maß an Stoph über, wie sich der Gesundheitszustand Otto Grothewohls verschlechterte. Nach dessen Tod war daher die Nachfolge ohne Schwierigkeiten zu lösen: Am 24. September 1964 wählte die Volkskammer Willi Stoph zum Vorsitzenden des Ministerrates.

Was Winzer anbelangt, so war er 1959 zum Staatssekretär, 1966 endlich zum Minister für auswärtige Angelegenheiten aufgerückt. Sein mühsames, verbissenes Ringen um internationale Anerkennung der DDR blieb lange Jahre vergebens. Erst im vorigen Jahr verbuchte er Fortschritte: Einige arabische Staaten und das Königreich Kambodscha entschieden sich für volle diplomatische Beziehungen zur DDR. Winzers große Stunde war gekommen.

Möglicherweise erbringt die Begegnung Brandt-Stoph nicht mehr als ein Gespräch, das die gegensätzlichen Standpunkte beider Regierungen so schroff wie nie zuvor zutage treten läßt. Der Kanzler und sein Minister sind sich dessen durchaus bewußt. Ihr Gang nach Ost-Berlin ist der Versuch, trotz aller Schwierigkeiten, die bisherige Verkrampfung der beiden Teile Deutschlands zu lockern.

+ + +